

N I E D E R S C H R I F T

über die 56. Sitzung des Bauausschusses

vom:	09.12.2002
von:	14:30 Uhr
bis:	17:25 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Bauausschuss:

Stv Schulte, Werner - als Vorsitzender -
AM Cziba, Ansgar
AM Flender, Friedhelm
Stv Gaden, Helga
AM Grünekle, Klaus-Joachim
AM Hellmann, Horst
AM Kraus, Leonhard - für Stv Siebel, Helmut -
AM Leonhardt, Traugott - für AM Wagener, Eckhard -
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schneider, Manfred
AM Schultz, Walter

II. Beratende Mitglieder:

AM Berner, Hans
AM Delius, Friedmund
Stv Morgenschweis, Thomas - ab 14.55 Uhr, während TOP 5 ö. T. -

III. Als Zuhörer:

Stv Siebel, Helmut - bis 16.30 Uhr, während TOP 11 ö. T. -
AM Vogler, Alfred

IV. Aufgrund besonderer Einladung zu TOP 5 ö. T.:

Herr Klein - Förderverein Naturfreibad Eiserfeld, bis 15.15 Uhr, Ende TOP 5 ö. T. -
Herr Schmidt - Förderverein Naturfreibad Eiserf., bis 15.15 Uhr, Ende TOP 5 ö. T. -

V. Von der Verwaltung:

StBR Brune
VA Körper - bis 15.15 Uhr, TOP 6 ö. T. -
Städt. BD Bonstein
Dipl.-Ing. Frau Rohr
Dipl.-Ing. Diehl - ab 15.30 Uhr, während TOP 7 ö. T. -
Städt. OVR Dr. Kraft
Dipl.-Ing. Krieger
Städt. VR Sondermann
Dipl.-Ing. Schlenther
StAR Kölsch - bis 16.45 Uhr, Ende ö. T. -
StBAR König - bis 16.10 Uhr, während TOP 11 ö. T. -
Dipl.-Ing. Schreiber - ab 16.10 Uhr, während TOP 11 ö. T. -
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend war:

AM Wagener, Eckhard

Zur Tagesordnung:

Eine Erweiterung der Tagesordnung um die beiden nachgereichten Anfragen des Stadtverordneten Morgenschweis erfolgt nicht, da eine Zuständigkeit des Bauausschusses verneint wird.

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um Punkt 12 und im nichtöffentlichen Teil um die Punkte 5.5 bis 5.9 erweitert.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Kraus bestimmt.

56. BA 09.12.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.11.2002

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

56. BA 09.12.2002

3. Fragestunde

Eine Erweiterung der Tagesordnung um die beiden nachgereichten Anfragen des Stadtverordneten Morgenschweis erfolgte nicht, da eine Zuständigkeit des Bauausschusses verneint wurde.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

56. BA 09.12.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

56. BA 09.12.2002

5. Sanierung des Naturfreibades Eiserfeld

Vorlagenr. 2332/2002 - Vorlage vom 05.11.2002
dazu: ergänzender mündlicher Bericht

Die Herren Klein und Schmidt erläutern ausführlich die Planungen, die der Förderverein zwischenzeitlich erarbeitet hat, um einen Badebetrieb wieder auf Dauer sicherzustellen. Beabsichtigt ist eine im Vergleich zur ursprünglichen Planung stark verkleinerte Fläche des eigentlichen Bades. Die angrenzenden Freizeitflächen (Liegewiese bzw. Flächen für Attraktionen) werden entsprechend vergrößert. Durch die Erholungsbereiche im Umfeld des Bades werden Bachläufe zur Wasserzu- und -ableitung geführt. Aus wasserbiologischen Gründen wurde die Integration des Kleinstkinderbeckens in das „Gesamtbecken“ angeraten, wodurch erhebliche Finanzmittel eingespart werden können.

Basierend auf den neuen Planungen werden anhand von Folien Lageplan, Längsschnitt und Querprofil des Beckens, Gestaltung von Böschungen und Stützmauern und weitere technische Details (Einstiege, Einläufe usw.) präsentiert.

Durch die angedachte Sanierung kann der bisherigen übermäßigen Wasserversickerung durch Einbringung einer Folienabdichtung mittels Betonmatte entgegengewirkt und die Aufrechterhaltung einer zum Baden ausreichenden und biologisch sowie chemisch unbedenklichen Wasserqualität sichergestellt werden.

Die Referenten weisen auf Probleme, die künftig mit dem Erlass einer Badewasserverordnung entstehen können, hin.

Herr Schneider zollt dem Förderverein Respekt für die Neuplanungen, die erheblich kostengünstiger abgewickelt werden können, als die ursprünglich angedachte Maßnahme. Er kritisiert, dass scheinbar bereits im Rahmen des Gutachtens des Ingenieurbüros Salveter von möglichen Kostensteigerungen bei der Dammsanierung andeutungsweise die Rede war, diese Information den politischen Gremien jedoch vor-enthalten wurde. Die geologische Untersuchung des Dammes hätte seines Erachtens frühzeitiger erfolgen können. Die Verwaltung hätte im Vorfeld sämtlicher Planungen Alternativen dahingehend überprüfen müssen, wie eine positive Lösung bei verträglichen Kosten erzielbar gewesen wäre. Die Entwicklung bezüglich der Badewasserverordnung sollte im Auge behalten werden.

Herr Reitz ist erfreut, dass die Probleme des zu niedrigen Wasserzuflusses und der Undichtigkeiten des Beckens innerhalb eines akzeptablen Kostenrahmens wirkungsvoll beseitigt werden können. Er vertraut der solide ausgearbeiteten Neuplanung.

Frau Gaden lobt das bürgerschaftliche Engagement sowohl des Fördervereins als auch der beteiligten Eiserfelder Vereine, die durch erhebliche Eigenleistungen bei der Komplettisanierung des Bades umfangreiche Einsparungen zugunsten der Stadt Siegen ermöglichen.

Der Kreativität des Fördervereins ist ein erhebliches Einsparpotential zu verdanken, so auch Herr Schulte. Er hofft, dass der nunmehrige Finanzrahmen eingehalten wird.

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt die vorgestellten Planungen zur Sanierung des Naturfreibades Eiserfeld und die diesbezügliche Kostendarstellung zustimmend zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

56. BA 09.12.2002

**6. Wegeeinziehung in der Stadt Siegen;
Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche
Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. A-
chenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der
Bismarckstraße)**

Vorlagenr. 2222/2002 - Vorlage vom 16.09.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028/SGV NRW 91) die Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. Achenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der Bismarckstraße).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

56. BA 09.12.2002

7. Oberflächengestaltung Marktplatz Geisweid

Vorlagenr. 2328/2002 - Vorlage vom 07.11.2002

Herr Schlenther berichtet über die Ergebnisse der Beratung im Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid - am 26.11.2002.

Abweichend von den Darstellungen in der Vorlage wurde angeregt, den vom Heimatverein gestalteten Schaukasten nicht im Pflanzbeetbereich aufzustellen, sondern in das Umfeld des Heimathauses oder in den Bereich der Kastanien zu verlagern. Abschließende Gespräche mit dem Heimatverein sind zu führen.

Es wurde der Vorschlag unterbreitet, in den Mittelpunkt der sternförmigen, taktilen Leitstreifen das Klafeld-Geisweider Wappen zu integrieren. Die im Umfeld befindlichen Banken werden auf ein mögliches Sponsoring sowohl der in die Leitstreifen eingelassenen Gusstafeln mit Ortsnamen als auch des o. g. mittigen Wappens angesprochen.

Abschließend hat der Bezirksausschuss um eine Überarbeitung des Textes der Gedenktafel zur „Klafelder Kapelle“ gebeten. Auch diesbezüglich wird mit dem Heimatverein Kontakt aufgenommen.

Herr Reitz fordert, möglichst kurzfristig die Bordsteine zur Abgrenzung des Marktplatzes von den Parkplätzen zur Straße „Am Klafelder Markt“ hin einzusetzen und im Anschluss die Bauzäune zu entfernen. Der Mittelpunkt der Leitstreifen ist gestalterisch ausgewogener zu gestalten. Wesentlich ist die nach Möglichkeit umgehende Verlegung der Schrankenanlage zu den Sparkassenparkplätzen. Den Vorschlägen des Bezirksausschusses I - Siegen-Geisweid - bezüglich der Verlagerung des Schaukastens und der Überarbeitung des Textes der Gedenktafel zur „Klafelder Ka-

pelle“ schließt er sich an.

Eine zügige Fertigstellung des Platzes (vorläufig aus bekannten Gründen *exclusive* der weiteren Planungen zum Haus Achenbach) ist anzustreben.

Herr Schneider ist der Auffassung, dass ein bloßes Einfräsen der Leitstreifen in den Platz der hochwertigen Gestaltung dessen nicht gerecht wird. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Siegen bislang kaum eigene Finanzmittel zugesteuert hat, sollten die taktilen Leitstreifen mit gepflasterten Steinen ausgeführt werden.

Bezüglich der Abgrenzung der Parkplätze zur Straße „Am Klafelder Markt“, der Verlagerung des Schaukastens und der Verlegung der Schrankenanlage schließt er sich den Ausführungen seines Vorredners an. Er spricht sich dafür aus, die o. g. Parkplätze (auch vor Wegnahme der Bauzäune) umgehend einer Bewirtschaftung zu unterwerfen.

Auf den Eigenbetrieb der Stadt Siegen ist einzuwirken, dass möglichst umgehend die Baustelleneinrichtung entfernt wird.

Die Überlegungen zur Positionierung der im Bauausschuss seinerzeit vorgestellten Edelstahlplastik sollten in naher Zukunft fortgesetzt werden.

Die Parksituation am Friedrichsplatz ist zu überdenken.

Herr Berner bittet um Präsentation der Planungen, wie die 20 zusätzlichen Stellplätze auf dem Friedrichsplatz angeordnet werden sollen.

Herr Cziba bemängelt die unzureichende Begrünung des Platzes und möchte wissen, wo Ruhebänke aufgestellt werden sollen.

Beschluss (mit Änderung):

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt die Oberflächengestaltung des Marktplatzes Geisweid mit Blinden-Leitstreifen, Gusstafeln mit Ortsnamen und Wappen, Stele mit Gedenktafel, Schaukasten des Heimatvereins vorbehaltlich der Finanzierung durch Sponsoren unter Berücksichtigung der in der Diskussion eingebrachten Überarbeitungs- / Änderungsvorschläge.

**Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
0 Enthaltungen**

56. BA 09.12.2002

8. Maßnahmenkatalog für ein Klimaschutzkonzept der Stadt Siegen; hier: Sachstandsbericht 2002

Vorlagenr. 2370/2002 - Vorlage vom 11.11.2002

Herr Reitz nimmt zu den einzelnen Ziffern des Maßnahmenkataloges für ein Klimaschutzkonzept wie folgt Stellung:

zu Ziff. 1.4: Vor dem Hintergrund, dass Tropenhölzer zwischenzeitlich zum Teil einem geregelten Anbau unterliegen (zertifizierte Tropenhölzer), sollte die Begründung zum Verzicht hierauf überdacht werden.

zu Ziff. 2.2: Zu überprüfen ist, ob die energetische Verwendung von Holzhackschnitzeln unter den für die Stadt Siegen gültigen Rahmenbedingungen grundsätzlich sinnvoll erscheint.

zu Ziff. 2.11

und 2.12: Da die Belange eines verbesserten baulichen Wärmeschutzes seines Erachtens im Baugenehmigungsverfahren (Energiesparverordnung) überprüft werden, können die Punkte aus dem Katalog herausgenommen werden.

zu Ziff. 3.1.1

bis 3.1.7: Es handelt sich um städtebauliche Selbstverständlichkeiten, für die die Einleitung weiterer Schritte nicht erforderlich ist.

zu Ziff. 3.2.5: Zwischenzeitlich wurde Abstand von der in der Begründung geschilderten Angelegenheit genommen.

zu Ziff. 4.4: Aufgrund seines Erachtens schlecht zu verbessernder Akzeptanz der P+R-Plätze ist zu überlegen, ob weitere Energie in Optimierungsgedanken investiert werden sollte.

zu Ziff. 4.7: Resultat darf keinesfalls ein Unterbinden motorisierten Individualverkehrs sein. Einzelberatungen über künftige Schritte sind erforderlich.

Herr Reitz spricht sich dafür aus, den Maßnahmenkatalog vorerst *nicht* in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe „Klimaschutz“ zu erörtern bzw. auf den aktuellen Stand zu bringen. Vielmehr sollten sich die Fraktionen im Vorfeld einer Einberufung der o. g. Arbeitsgruppe eingehend mit der Thematik befassen.

Frau Gaden legt dar, dass sich der Bauausschuss mehrheitlich gegen die Installation einer Holzhackschnitzelheizung in der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule ausgesprochen hat. Die Begründung zu Ziffer 2.2 des Kataloges erscheint ihr daher widersprüchlich.

Herr Dr. Kraft erklärt, dass die Hochbauabteilung auf Weisung des Bürgermeisters derzeit überprüft, welche Gebäude sich für eine Beheizung mit Holzhackschnitzeln als Energiequelle eignen.

Auf Frage von Herrn Schultz antwortet er, dass die Ausführungen zu Ziffer 3 des Kataloges nicht nur auf Wohngebiete, sondern seines Erachtens grundsätzlich auch auf Gewerbegebiete Anwendung finden sollen. Die zu bildende Arbeitsgruppe muss ggf. eine Spezifizierung vornehmen.

Herr Schneider bezieht sich auf Ziffer 1.2 und erinnert in diesem Zusammenhang an den im Frühsommer 2002 gefassten Ratsbeschluss, nach Möglichkeit erdgasbetrie-

bene Fahrzeuge anzuschaffen.

Herr Bonstein führt aus, dass zur Beschaffung erdgasbetriebener Fahrzeuge eine Vorlage zur übernächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie erstellt wird. Eine Ergebnisverwertung im Fahrzeugbeschaffungsprogramm für das Jahr 2003 ist sichergestellt. Zu Verzögerungen ist es aufgrund notwendiger Recherchen bei Herstellern gekommen.

Herr Cziba unterstützt die Forderung, von der Bebauung von Nordhängen nach Möglichkeit Abstand zu nehmen (Ziffer 3.1.1).

Herr Vogler fragt nach dem Sachstand P+R- und Bussammelplatz am Bahnhof Eiserfeld.

- ◆◆◆ Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen kommt zu dem Ergebnis, den Maßnahmenkatalog für ein Klimaschutzkonzept der Stadt Siegen aufgrund fraktionsinternen Beratungsbedarfes vorerst *nicht* in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe „Klimaschutz“ zu erörtern bzw. auf den aktuellen Stand zu bringen. Die Fraktionen werden sich vielmehr im Vorfeld einer Einberufung der o. g. Arbeitsgruppe eingehend mit der Thematik befassen und in klärendem Kontakt mit der Verwaltung bleiben.

56. BA 09.12.2002

**9. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 7
- Städtebau und Umwelt -**

Vorlagenr. 2348/2002 - Vorlage vom 18.11.2002

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Sachstandsbericht zum Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 7 einschließlich der Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis gemäß dem Sachverhalt und der Anlage zur Vorlage sowie die vorgeschlagenen Konsequenzen zur Budgeteinhaltung 2002 zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

56. BA 09.12.2002

**10. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 9
- Bauverwaltung / Straße und Verkehr -**

Vorlagenr. 2373/2002 - Vorlage vom 19.11.2002

Herr Schneider mahnt, ein Abrechnungssystem zu finden, welches die alljährlich wiederkehrende Begründung, wonach die Verschiebung von Stromrechnungen für Ausgabeabweichungen verantwortlich ist, vermeiden lässt.

Herr Schlenther bringt vor, dass die grundsätzliche Einführung von Dämmerungsschaltern lohnenswert scheint.

Frau Gaden fordert, die vollständige Abrechnung von Erschließungsmaßnahmen ggf. unter Hinzuziehung zusätzlichen Personales zu forcieren, um die Einnahmesituation des städtischen Haushaltes zu verbessern.

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 9 - Bauverwaltung / Straße u. Verkehr - zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

56. BA 09.12.2002

11. Jahresbericht der Abteilung Stadtplanung

Mündlicher Bericht

Frau Rohr untergliedert ihren ausführlichen, durch die Präsentation von Folien unterstützten Bericht in drei Teile. Sie beginnt mit einer Aufzählung und Erläuterung der Maßnahmen, die im laufenden Jahr abgeschlossen werden konnten. Weiterhin stellt sie eingehend die in Planung / Arbeit befindlichen Projekte vor. Sie schließt mit der Benennung von Aufgaben, mit denen die Abteilung Stadtplanung im Jahr 2002 zusätzlich zum Arbeitsprogramm konfrontiert wurde.

Ausgewählte, bei der Berichterstattung herangezogene Folien sind auf Wunsch des Ausschusses der Niederschrift ebenso als Anlage beigefügt, wie eine im Rahmen des Bebauungsplanes „Im Boden“ erstmals entwickelte Informationsbroschüre. Letztgenannte wurde zum besseren Verständnis der Planungen kostenfrei an interessierte Bürgerinnen und Bürger ausgegeben.

Herr Rothenpieler bittet, mit der Firma IKEA dahingehend Kontakt aufzunehmen, dass im Sinne einer flächenschonenden Bebauung Stellplätze nach Möglichkeit auf dem Dach des Baukörpers ggf. unter zusätzlicher Installation eines Aufzuges errichtet werden.

Herr Schneider bedankt sich für die umfangreiche Ausarbeitung.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

56. BA 09.12.2002

**12. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 8
- Abt. 8/1- Grünflächen - (Bereich Bestattungswesen)**

Vorlagenr. 2388/2002 - Vorlage vom 26.11.2002

Herr Schneider bittet um Aufklärung, ob die Versicherungsleistung i. H. v. 50 T€ im Rahmen des Brandereignisses an der Friedhofshalle Lindenberg eine Einnahmeverbesserung für den städtischen Haushalt darstellt, oder ob dieser Betrag für den Wiederaufbau zu verwenden ist.

Herr Bonstein sagt eine Beantwortung zur Niederschrift zu.

Anmerkung zur Niederschrift:

Die abgebrannte Friedhofshalle Lindenberg soll nach den alten Plänen wiederaufgebaut werden. Die entstehenden Kosten werden durch Zahlungen von Seiten der Versicherung gedeckt, welche nach Baufortschritt überwiesen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Zahlung in Höhe von 50 T€ eingegangen, die auf der Ausgabenseite zur Verfügung gestellt wird.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

56. BA 09.12.2002

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Bauverwaltung
Bearbeitet von: Dietmar Grebe

Datum
16.09.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss II - Weidenau	28.11.2002
Bauausschuss	09.12.2002
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003
Rat	05.02.2003

Betreff:

**Wegeeinziehung in der Stadt Siegen;
Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche
Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. A-
chenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der
Bismarckstraße)**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028/SGV NRW 91) die Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. Achenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der Bismarckstraße).

Sachverhalt / Begründung:

Der Weg Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 ist mit Datum vom 07.09.1982 als Zufahrtsweg zu den o. g. Liegenschaften dem öffentlichen Verkehr gewidmet worden.

Öffentliche Verkehrsflächen sollen eingezogen werden, wenn sie keine Verkehrsbe-
deutung mehr haben oder überwiegende Gründe des öffentlichen Wohles für die Be-
seitigung vorliegen.

Die Situation in diesem Bereich hat sich grundlegend verändert. Die Fa. Achenbach hat ihren damaligen Standort aufgegeben. Das ehemalige Firmengelände ist mittlerweile mit einem Geschäftszentrum bebaut worden. Eine Zufahrt zu diesem Zentrum über das Flurstück 648 ist wegen der neuen Rechtsabbiegespur nicht mehr erforderlich. Die rückwärtige Zufahrt zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 und auch zu den neueren Gebäuden Bismarckstraße 2 - 4 kann sichergestellt werden, indem nach erfolgter Einziehung die Teilfläche aus dem Flurstück 648 an die v. g. Eigentümer veräußert und in den vorhandenen Parkplatz integriert wird. An einem Erwerb besteht großes Interesse, diesbezügliche Verhandlungen laufen bereits. Der Parkplatz befindet sich schon in deren Eigentum und dient auch dem baurechtlichen Stellplatznachweis für die v. g. Gebäude.

Unter diesen Voraussetzungen hat die v. g. öffentliche Wegefläche keine Verkehrsbedeutung mehr. Es wird daher vorgeschlagen, die Absicht der Einziehung zu beschließen. Von der Einziehung betroffen ist hierbei lediglich der Teil des Weges, der außerhalb der in diesem Bereich zwischenzeitlich ausgebauten Bismarckstraße liegt.

In dem beigefügten Planausschnitt ist die einzuziehende Wegefläche gekennzeichnet.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	---------------------------------------	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH 19	<input type="checkbox"/> im VerwH 19	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--------------------------------------	--------------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Gesehen:

Brune
Stadtbaurat

Ulf Stötzel

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Straße und Verkehr
Bearbeitet von: Herrn Schlenther

Datum
07.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss I - Geisweid

26.11.2002

Bauausschuss

09.12.2002

Betreff:

Oberflächengestaltung Marktplatz Geisweid

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt die Oberflächengestaltung mit Blinden-Leitstreifen, Gusstafeln mit Ortsnamen und Wappen, Steele mit Gedenktafel, Schaukasten des Heimatvereins vorbehaltlich der Finanzierung durch Sponsoren.

Sachverhalt / Begründung:

Die letzte Deckschicht wird Ende November eingebaut (vorbehaltlich der Witterungsverhältnisse).

Für die Oberflächengestaltung (s. Anlage 1) sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

1. 4 Gusstafeln mit Ortsnamen und Wappen (s. Detailplan Anlage 2) werden in die Leitstreifen integriert. Die Kosten hierfür ohne Befestigung betragen etwa 3.200 € und werden von Sponsoren übernommen. Der Einbau erfolgt in Eigenleistung der Stadt.
2. 3 taktile Leitstreifen, 50 cm breit, werden mittels einem besonderen Verfahren in die vorhandene Decke eingebaut. Die Leitstreifen sind mit dem städt. Behindertenbeauftragten abgestimmt.
3. Eine Steele aus Granitstein - hell - gestockt, mit Gedenktafel in Bronzeguss, wird in dem neu angelegten Pflanzbeet aufgestellt mit folgendem Textentwurf der Abteilung 4/2 Stadtarchiv:

IN DIESEM BEREICH STAND BIS ZUR MITTE DES 19. JAHRHUNDERTS DIE ALTE

KLAFELDER KAPELLE

SPÄTESTENS FÜR 1518 SCHRIFTLICH BELEGT, WAR DER MASSIVE BRUCHSTEINBAU JEDOCH VERMUTLICH WESENTLICH ÄLTEREN DATUMS. 1860 WURDE DIE KAPELLE WEGEN BAUFÄLLIGKEIT ABGERISSEN. DIE GOTTESDIENSTE WURDEN VON NUN AN IN DER NÖRDLICH GELEGENEN MARKTSCHULE ABGEHALTEN.

Die Kosten der Steele einschließlich Fundament und Setzen betragen etwa 1.000 €. Die Gedenktafel in Bronzeguss kostet etwa 1.750 €. Beides wird von Sponsoren finanziert.

4. Der Heimatverein hat einen Schaukasten, von der Hauptschule Schießberg gestaltet, übernommen. Dieser wird von der Stadt im Pflanzbeetbereich aufgestellt.
5. Die Zufahrt mit Schrankenanlage zu den Sparkassenparkplätzen wird verlegt. Die Kosten werden von der Sparkasse getragen.
6. 25 Stellplätze können in Senkrechtaufstellung hinter der Rinne zur Straße „Am Klafelder Markt“ markiert und zum Marktplatz hin optisch mit einem Klebebordstein - doppelt - abgegrenzt werden. Die Fläche zwischen Rinne und Fahrbahn wird als Fußgängerweg genutzt.
7. 7 weitere Parkplätze werden vor der Schrankenanlage (nach Umbau) angelegt. Somit stehen im unmittelbaren Bereich des Marktplatzes 32 Parkplätze der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die Parkzeit wird auf 2 Stunden mit Parkscheibe vorgesehen.
8. Ein Zebrastreifen wird in der Straße am Klafelder Markt eingerichtet.
9. Die Einmündung der Straße „Am Klafelder Markt“ in die Ruhrstraße soll wie in Anlage 1 dargestellt, im Einmündungsbereich aufgeweitet werden. Diese Maßnahme wird mit städtischem Personal durchgeführt.

Vorbehaltlich der Finanzierung kann mit der Oberflächengestaltung des Marktplatzes in 2003 begonnen werden.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Umwelt
Bearbeitet von: Herrn Dr. Kraft

Datum
11.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss	09.12.2002
Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie	12.12.2002

Betreff:

**Maßnahmenkatalog für ein Klimaschutzkonzept der Stadt Siegen;
hier: Sachstandsbericht 2002**

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 24.06.1998 den Maßnahmenkatalog für ein Klimaschutzkonzept der Stadt Siegen beschlossen. Über die Umsetzung der Maßnahmen soll regelmäßig den zuständigen Fachausschüssen berichtet werden.

Die beiliegende Zusammenstellung beschreibt den aktuellen Umsetzungsstand der Einzelmaßnahmen des Klimaschutzkonzeptes. Er kann insgesamt als zufriedenstellend bezeichnet werden. Die nachstehende Auflistung gibt hierüber einen Überblick:

Maßnahmen wurden umgesetzt bzw. werden laufend berücksichtigt:	40	(66 %)
Mit der Umsetzung der Maßnahmen wurde begonnen:	6	(10 %)
Noch nicht umgesetzte sowie zurückgestellte Maßnahmen:	9	(15 %)
Entfallene / gestrichene Maßnahmen:	<u>5</u>	<u>(9 %)</u>
Gesamt:	60	(100 %)

40 Einzelmaßnahmen werden bei laufenden Bau- und Planungsprojekten berücksichtigt bzw. wurden bereits umgesetzt .

Bei 6 Maßnahmenvorschlägen wurde mit der Umsetzung begonnen.

In 9 Fällen konnten Maßnahmenvorschläge noch nicht umgesetzt werden, da hierfür die notwendigen Voraussetzungen fehlen, rechtliche Schwierigkeiten bestehen oder andere Zielvorgaben vorrangig berücksichtigt wurden. (1.2, 2.1, 2.14, 3.2.4, 5.7, 6.1, 6.4, 4.7, 4.8)

5 Maßnahmen können nicht mehr realisiert werden, da hierfür die notwendigen Voraussetzungen entfallen sind (3.2.5, 7.1, 7.3, 7.4, 7.6) Hierbei handelt es sich in erster Linie um ausgelaufene Förderprogramme Dritter.

Bereits im Rahmen der erstmaligen Erörterung des Maßnahmenkatalogs in den zuständigen Fachausschüssen wurde seitens der Verwaltung darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um keine abschließende Liste handelt. Vielmehr sollten die dargestellten Einzelmaßnahmen in der Folgezeit auf Ihre Tauglichkeit überprüft, aktualisiert und ggfs. durch weitere Maßnahmen ergänzt werden. Der o.g. Sachstandsbericht zeigt, dass mehrere Einzelmaßnahmen zwischenzeitlich überholt bzw. nicht mehr relevant sind.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, den Maßnahmenkatalog erneut in der bereits im Jahr 1998 einberufenen interfraktionellen Arbeitsgruppe „Klimaschutz“ zu erörtern und auf den aktuellen Stand zu bringen. Die Fraktionen werden um Benennung jeweils einer Person für die Arbeitsgruppe „Klimaschutz“ gebeten.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt-bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Schul

Anlage: 1

Fachbereich 7
Fachbereichsleitung

Auskunft: Herr Dr. Kraft
Telefon: 3448
Datum: 05.11.2002

Maßnahmenkatalog für ein Klimaschutzkonzept der Stadt Siegen

- Sachstandsbericht 11 / 2002 -

1.	Maßnahmen im Bereich der Stadtverwaltung	
1.1	<i>Anschaffung von schadstoff- und verbrauchsarmen Fahrzeugen</i>	<p>Die aufgeführten Grundsätze für die Beschaffung schadstoff- und verbrauchsarmer Fahrzeuge</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ schwefelfreier Dieselmotorkraftstoff, ➤ bleifreier Kraftstoff, ➤ Katalysatortechnik, ➤ abgasarme Dieselmotoren, <p>werden jährlich bei der Fahrzeugbeschaffung weiterhin berücksichtigt. Die Betankung von 4 Fahrzeugen mit Biodiesel ist nach einem befristeten Versuch wieder aufgegeben worden, weil die Nachteile technischer Art deutlich überwogen. Hierüber wurde der städtische Umweltausschuss am 03.02.2000 unterrichtet.</p>
1.2	<i>Anschaffung von erdgasbetriebenen Fahrzeugen</i>	<p>Erdgasbetriebene Fahrzeuge wurden bisher nicht angeschafft. Da auf dem SVB-Betriebsgelände zwischenzeitlich eine Gas-Schnelltankstelle errichtet wurde, wird derzeit der Einsatz erdgasbetriebener Fahrzeuge bei der Stadt Siegen geprüft.</p>
1.3	<i>Einsatz von Fahrrädern bei der Stadtverwaltung</i>	<p>a) Die <u>Verteilung der Ratspost</u> erfolgt weiterhin durch Fahrradkuriere.</p> <p>b) Von der weiteren <u>Anschaffung von Dienstfahrzeugen</u> wurde bisher abgesehen, da aufgrund einer in 1998 durchgeführten Umfrage in der Verwaltung hierfür kein Bedarf gesehen wurde.</p> <p>c) <u>Förderung der privaten Fahrradnutzung städt. Bediensteter</u></p> <p>Eine entsprechende Kilometerpauschale für die dienstliche Nutzung privater Fahrräder durch die MitarbeiterInnen wird seit Jahren gezahlt. Im Bereich der Verwaltungsgebäude wurden Fahrradständer beschafft sowie entsprechende Unterstellmöglichkeiten angeboten.</p>

1.4	<i>Verzicht auf die Verwendung von Tropenhölzern</i>	Bei der Beschaffung von Einrichtungsgegenständen sowie im Hochbaubereich werden keine Tropenhölzer mehr angeschafft.
1.5	<i>Verzicht auf die Beschaffung von energieaufwendigen Produkten</i>	Bei sämtlichen Ausschreibungen wird grundsätzlich umweltfreundlichen bzw. recyclingfähigen Materialien Vorrang eingeräumt. Weiter wird darauf hingewiesen, dass gesundheitsschädliche bzw. umweltgefährdende Mittel (einschl. Verpackungsmaterialien) nicht in Umlauf gebracht werden dürfen. Bei der Papierbeschaffung wurde der Anteil von umweltfreundlichem Recyclingpapier zwischenzeitlich auf 60% gesteigert.
1.6	<i>Ausschluss klimaschädlicher Stoffe beim kommunalen Beschaffungswesen</i>	Soweit Beschaffungen im Rahmen der Klima- und Kältetechnik vorgenommen werden, kommen seit Jahren nur noch FCKW-freie Geräte in Betracht.
2.	Maßnahmen im Energiesektor	
2.1	<i>Errichtung von Blockheizkraftwerken zur Energieversorgung städtischen Einrichtungen</i>	Zum Betrieb von Blockheizkraftwerken hat sich zwischenzeitlich noch kein neuer Stand ergeben. Aufgrund der zur Zeit noch geltenden Strompreise ist eine Wirtschaftlichkeit der Anlagen zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachzuweisen. Neue Marktentwicklungen werden jedoch beobachtet, um reagieren zu können, sobald die Amortisation von Investitionen dargestellt werden kann.
2.2	<i>Nutzung regenerativer Energien bei der Energieversorgung städtischen Einrichtungen</i>	Die passive Solarenergienutzung wird bei Neubauten grundsätzlich geprüft. Der Einsatz erfolgt, sobald die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden kann. Für das FJM-Gymnasium und die Hauptschule Eiserfeld wurden solarthermische Anlagen zur Warmwasserbereitung für die Turnhallen mit Mitteln aus dem Energiesparwettbewerb errichtet. Mit finanzieller Unterstützung der Stadt Siegen wurde eine Photovoltaikanlage auf dem Gebäude der Hauptschule Eiserfeld installiert. Wärmepumpen wurden in den letzten Jahren nicht eingesetzt. Im Hinblick auf die Verwendung von Holzhack-schnitzeln als Brennstoff zur Wärmeversorgung werden derzeit in Frage kommende Schulgebäude auf ihre Eignung hin überprüft.
2.3	<i>Verbesserung des baulichen Wärmeschutzes an öffentlichen Gebäuden durch Wärme dämmende Maßnahmen</i>	Zur Verbesserung des baulichen Wärmeschutzes an den städtischen Gebäuden werden im Rahmen der Bauunterhaltung in jedem Jahr entsprechende Maßnahmen vorgesehen. Neubauten erhalten den erhöhten Wärmeschutz (Niedrigenergie-Bauweise) nach den Vorgaben der Energieeinsparverordnung.

2.4	<i>Energieverbrauchsdocumentation in städtischen Gebäuden</i>	Der Energiebericht 2001 des städtischen Energiebeauftragten enthält u.a. eine Übersicht über die Entwicklung der Energieverbräuche in städtischen Gebäuden seit 1997. Ausgehend vom Jahr 1994 hat die Stadt Siegen bis zum Jahr 2000 den Wärmebedarf (witterungsbereinigt) um 26% und die CO ₂ -Emissionen um 32% senken können. Nach Wiederbesetzung der Stelle des Energiebeauftragten wird die entsprechende Datenerfassung weiterbetrieben bzw. neu organisiert.
2.5	<i>Verwendung von Energiesparlampen in öffentlichen Gebäuden</i>	Energie sparende Leuchtmittel werden soweit wie möglich in allen Gebäuden sukzessive eingesetzt. In Schulgebäuden werden zur Zeit im Rahmen eines in den nächsten Jahren weiterführenden Programmes Energie sparende Beleuchtungen mit elektronischen Vorschaltgeräten eingesetzt.
2.6	<i>Energieträgerumstellung auf Erdgas</i>	Nach wie vor wird bei der Sanierung von Heizungsanlagen eine Umstellung auf Erdgas vorgenommen, soweit dies möglich ist.
2.7	<i>Energiesparwettbewerb in städtischen Schulen</i>	Der seit 1995 laufende Energiesparwettbewerb an Schulen wird weitergeführt. Mit einigen Schulen wurden bereits neue Vereinbarungen für diese Aktion getroffen.
2.8	<i>Finanzielle Förderung privater Haushalte bei der Errichtung von Solaranlagen</i>	Im Zeitraum von Juli 1995 bis Ende 2002 wurden 134 Solaranlagen mit einer Gesamtfördersumme von ca. 45.000,- € durch die Stadt Siegen finanziell gefördert. Auch im Haushaltsjahr 2003 sollen Mittel in Höhe von 5.000,- € bereitgestellt werden
2.9	<i>Deponiegasnutzung auf der Hausmülldeponie Fludersbach</i>	Die Maßnahme läuft seit Herbst 1995.
2.10	<i>Energie sparende Maßnahmen bei der Straßenbeleuchtung</i>	Die Straßenbeleuchtung der Stadt Siegen wird sukzessive mit Energie sparenden Lichtquellen ausgestattet - zuletzt in der Birkenbacher Straße. Die Beleuchtungskommission des Bauausschusses befasst sich regelmäßig mit dieser Thematik.
2.11	<i>Festlegung eines verbesserten baulichen Wärmeschutzes in Kaufverträgen bei der Veräußerung städtischer Grundstücke</i>	Seit 1998 werden die unter 2.11 und 2.12 aufgeführten Maßnahmen in alle Verträge über die Vergabe von städtischen Baugrundstücken (durch Verkauf oder Bestellung von Erbbaurechten) aufgenommen.
2.12	<i>Festsetzung emissionsarmer Heizungsanlagen in Kaufverträgen bei der Veräußerung städtischer Grundstücke</i>	

2.13	Dienstanweisung für den Betrieb und die Überwachung der betriebstechnischen Anlagen in den Gebäuden der Stadt Siegen	Die Dienstanweisung für den Betrieb und die Überwachung betriebstechnischer Anlagen in den Gebäuden der Stadt Siegen ist seit dem 01.12.1998 in Kraft und findet flächendeckend Anwendung.
2.14	Einrichtung eines Projektteams zur Projektierung von Nahwärmeinseln im Stadtgebiet	Der Maßnahmenvorschlag wurde bisher noch nicht ausgeführt.
3.	Klimagerechte Bauleitplanung	
3.1	Berücksichtigung klimatischer Randbedingungen bei der Planung von Baugebieten	
3.1.1	Vermeidung einer Bebauung von Nordhängen	siehe unten!
3.1.2	Vermeidung einer Bebauung von Kaltluftammel- und Kaltluftstaugebieten	Die unter den Punkten 3.1.1 bis 3.2.2 beschriebenen Maßnahmen werden - soweit möglich - in die Bauleitplanung eingearbeitet. Eine Ausarbeitung der Bauleitpläne nur nach energetischen Gesichtspunkten kann bei der vorhandenen Topographie nicht durchgeführt werden. Auch sprechen teilweise Förderrichtlinien (Flächen sparendes Bauen bis 400 m²) gegen eine Vergrößerung der Abstände zwischen den Häusern. Die Bebauung von Nordhängen wird aus städtebaulichen Gründen vermieden, wenn nicht andere Bedingungen dieses erforderlich machen. Durch die Festsetzung von Satteldächern und die geplante Ausrichtung der Gebäudeachsen ist die Verwendung von Solaranlagen möglich. Letzteres kann jedoch aus rechtlichen Gründen planerisch nicht festgesetzt werden.
3.1.3	Ausrichtung der Gebäudelängsachsen	
3.1.4	Gestaffelte Gebäudehöhen zur Gewährleistung einer ausreichenden Besonnung	
3.1.5	Gewährleistung ausreichender Besonnung durch Einhalten entsprechender Gebäudeabstände	
3.1.6	Vermeidung einer mehrgeschossigen Bebauung auf Bergkuppen und in oberen Hanglagen	
3.1.7	Schaffung und Ausnutzung vorhandenen Windschutzes	
3.2	Festsetzung energie sparender Maßnahmen in Neubaugebieten	
3.2.1	Passive Solarenergienutzung	siehe oben!
3.2.2	Nutzung regenerativer Energien, z. B. in Form von Solarkollektoren	siehe oben!

3.2.3	<u>Festsetzung immissionsmindernder Maßnahmen im gebäudetechnischen Bereich</u>	
3.2.4	<i>Errichtung und Betrieb von Nahwärmernetzen in Neubaugebieten</i>	Der Maßnahmenvorschlag wurde bisher noch nicht ausgeführt.
3.2.5	<i>Festsetzung von Emissionsgrenzwerten</i>	Im Falle des Bebauungsplanes "Giersberg-Ost" wurde erstmals im Stadtgebiet Siegen der Versuch unternommen, Emissionsgrenzwerte in die Festsetzungen des Bebauungsplanes einzubauen. Ein Gerichtsurteil aus dem Jahre 1996 verbietet dieses.
4.	Emissionsmindernde Maßnahmen im Verkehrssektor	
4.1	<i>Anschluss von vorhandenen und geplanten Baugebieten an das ÖPNV-Netz</i>	In allen neuen Baugebieten wird durch entsprechende Straßenbreite und -führung die Anbindung an den ÖPNV berücksichtigt.
4.2	<i>Flächendeckende Ausweisung von Tempo-30-Zonen</i>	Grundsätzlich wird die Möglichkeit zur Ausweisung flächendeckender Tempo 30 – Zonen in Neubaugebieten geprüft und wenn dies rechtlich möglich ist, auch durchgeführt.
4.3	<i>Radwegeausbau und Priorisierung</i>	Zur Verbesserung der Infrastruktur und Attraktivitätssteigerung sowie zur Sicherheit des Radverkehrs wurden auch in 2002 u.a. folgende Maßnahmen ausgeführt: Neubau von Radwegeabschnitten, Errichtung von Radabstellanlagen, Markierung und Einfärbung von Radwegen Beschilderung von Radwegen, Absenkung von Bordsteinen.
4.4	<i>Verbesserung der Akzeptanz vorhandener P+R-Anlagen</i>	Der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Siegen-Mitte wurde vom Rat der Stadt Siegen am 22.05.2002 beschlossen. In der Kostenwirksamkeitsanalyse sind zur Verbesserung der P + R Akzeptanz Aussagen gemacht worden. Die Umsetzung der 2. Ausbaustufe P + R unter Berücksichtigung der Weiterentwicklung des ÖPNV (Aufgabenträger Kreis Siegen-Wittgenstein) erfordert Beschlüsse zu den Einzelmaßnahmen. Diese sind noch nicht gefasst worden.
4.5	<i>Einrichtung / Ausweitung von Fußgängerzonen und Attraktivierung fußläufiger Verbindungen</i>	Der Maßnahmenvorschlag wird bei städtebaulichen Vorhaben - soweit möglich - berücksichtigt (Beispiele : Bahnhofsvorplatz, Unteres Schloss, Maria-Rubens-Platz).

4.6	<i>Attraktivitätssteigerung des ÖPNV</i>	<p>Die Busbeschleunigung ist Bestandteil des 2. Förderabschnittes Verkehrsrechner. Die Maßnahmen wurden weitgehend abgeschlossen. Busspuren über den vorhandenen Bestand hinaus waren geplant, wurden aber aufgrund gegenläufiger Beschlüsse nicht realisiert.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 11.09.2002 das Haltestellenprogramm Siegen beschlossen. Bei Sicherstellung der Finanzierung werden in den kommenden Jahren ca. 300 der ca. 700 vorhandenen Bushaltestellen modernisiert. Ab 2003 werden alle Haltestellen mit einer neuen Kennzeichnung und Fahrgastinformation ausgestattet.</p> <p>Die übrigen Maßnahmen liegen in der Zuständigkeit des Zweckverbandes.</p>
4.7	<i>Einschränkung des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) zugunsten der Teilnehmer des Umweltverbundes</i>	<p>Der Rat der Stadt Siegen hat am 22.05.2002 den Verkehrsentwicklungsplan Siegen-Mitte mit dem Szenario „Ökologie“ beschlossen. Die Umsetzung der hierin enthaltenen Einzelmaßnahmen zur Reduzierung des MIV werden erarbeitet und müssen noch beschlossen werden (siehe auch 4.6 „Haltestellenprogramm“).</p>
4.8	<i>Pilotprojekt "Wohnen ohne Auto"</i>	<p>Der Maßnahmenvorschlag wurde noch nicht ausgeführt.</p>
5.	Maßnahmen im Natur- und Grünbereich	
5.1	<i>Baumschutzsatzung</i>	<p>In den Jahren 1993 - 2001 wurden 2537 Bäume und 798 Sträucher als Ersatzpflanzungen für zuvor entfernte Bäume festgesetzt.</p>
5.2	<i>Planungsrechtliche Sicherung von Bäumen</i>	<p>Dort, wo es städtebauliche Erfordernisse ermöglichen, werden Bäume planungsrechtlich festgesetzt.</p>
5.3	<i>Baumschutz bei Bauarbeiten</i>	<p>Im Zuge von Baumaßnahmen wird durch die jeweilige Bauleitung die Einhaltung von Baumschutzvorschriften überwacht.</p> <p>Intern wurden MitarbeiterInnen der Bauverwaltung in der Theorie und Praxis zu Fragen des "Baumschutzes auf Baustellen" fortgebildet. Mittlerweile sind alle Beteiligten so weit sensibilisiert, dass gravierende Verstöße nicht mehr zu verzeichnen sind.</p>
5.4	<i>Anpflanzungen neuer Bäume</i>	<p>In den Jahren 2001 – 2002 wurden als Ersatz für 248 notwendige Fällungen städtischer Bäume 241 Bäume und 101 Sträucher als Straßenbegleitgrün und auf städtischen Freiflächen (Schulgelände, Friedhöfe, etc.) gepflanzt.</p>

5.5	<i>Entsiegelungsmaßnahmen</i>	<p>Zur Verbesserung der Standortbedingungen für Bäume wurden im Zeitraum 2001 – 2002 Baumumfeldverbesserungen durch Entsiegelung von Baumscheiben an 10 Bäumen durchgeführt..</p> <p>Es handelte sich hierbei im einzelnen um die Entsiegelung von Baumscheiben an den Standorten:</p> <p>Waldstraße/Adolfstraße (1 Kastanie)</p> <p>Hallenbad Eiserfeld (2 Eichen)</p> <p>Eiserfeld Schwanenapotheke (1 Platane)</p> <p>Rosterstraße/Paul-Fickeler-Weg (6 Ahorn)</p>
5.6	<i>Dach- und Fassadenbegrünung</i>	<p>Im Rahmen der Erstellung von Bebauungsplänen werden regelmäßig auch Möglichkeiten zur Dach- und Fassadenbegrünung geprüft und z. T. auch festgesetzt.</p> <p>In den letzten Jahren wurden zudem zahlreiche Fassadenbegrünungen an Bunkern, Schulgebäuden, Parkhäusern oder sonstigen städt. Gebäuden vorgenommen.</p>
5.7	<i>Innerstädtisches Grün- und Freiflächenkonzept</i>	Bis auf vorbereitende Untersuchungen (Stadtbiotopkartierung, Klimaanalyse) wurde diese Maßnahme noch nicht durchgeführt.
5.8	<i>Anpflanzung von Kleingehölzen, Hecken und Obstwiesen</i>	Seit 1998 wurden von den Abteilungen Grünflächen und Umwelt zahlreiche Obstwiesen, Hecken und Kleingehölze angelegt.
6.	Öffentlichkeitsarbeit	
6.1	<i>Energiesparaktion</i>	Die vom Energie-Kreis Siegen angeregte „Initiative zur Energieeinsparung bei privaten Gebäuden“ wurde im Rahmen des Arbeitskreises „Stadtökologie“ der Lokalen Agenda 21 erörtert und zunächst zurückgestellt.
6.2	<i>Klimaarbeitsgemeinschaften in den Schulen</i>	Im Rahmen der laufenden Energiesparaktion in städtischen Schulen haben sich einige Klimaarbeitsgemeinschaften gebildet, die von der Verwaltung informell und durch Bereitstellung von Messgeräten und -koffern unterstützt werden.
6.3	<i>Bereitstellung von Informationen zum Energiesparen und zur CO₂-Vermeidung</i>	Die Abteilung Umwelt der Stadtverwaltung stellt umfangreiches Informationsmaterial zum Energiesparen und zur CO ₂ -Vermeidung kostenlos zur Verfügung. Weiterhin werden regelmäßig ausgeliehen : Energiesparausstellung, Photovoltaikkoffer, Energiesparkoffer, Energiesparlampenkoffer, Unterrichtsmaterial zum Thema Energiesparen.

6.4	<i>Einrichtung eines Energie-Tisches</i>	<p>Auf Einladung der Stadt Siegen und mit finanzieller Unterstützung durch die Siegener Versorgungsbe-triebe und die RWE Energie AG haben sich in der Zeit von Februar bis Juli 1999 zahlreiche Vertreter der örtlichen Handwerkerschaft, Umweltschutz-verbände, Industrie, Versorgungsunternehmen, Architekten sowie engagierte Bürger zu einem Energie-Kreis zusammengefunden. Ziel des extern moderierten Energie-Kreises war in mehreren Ar-beitssitzungen die Entwicklung konkreter und auf das Stadtgebiet bezogener Projekte zur Energie-einsparung und CO₂-Vermeidung. Als Maßnahmen wurden vorgeschlagen :</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Initiative zur Energieeinsparung bei privaten Gebäuden, ➤ Konzeption für ein "Zentrum für Energie und Bauen", ➤ Anlagen-Contracting für eine städt. Schule und ein Mehrfamilienhaus. <p>Nachdem die Einrichtung eines "Zentrums für E-nergie und Bauen" aus finanziellen Gründen bis auf weiteres ausgesetzt wurde, hat der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen in seiner Sitzung am 01.03.2001 die Durchführung der "Initiative zur Energieeinsparung bei privaten Gebäuden" ge-meinsam mit Vertretern des Energie-Kreises be-schlossen. Aufgrund mangelnden Interesses bei externen Projektpartnern wurde die Durchführung dieser Maßnahme jedoch bis auf weiteres zurück-gestellt.</p>
6.5	<i>Bereitstellung von Modell-Solaranlagen für städtische Schulen</i>	Die Abteilung Umwelt der Stadtverwaltung hält nach wie vor Modell-Solaranlagen zum Einsatz im Unterricht in städtischen Schulen zur Verfügung.
6.6	<i>Sonnenenergie-Infotage</i>	Die letzten "Sonnenenergie-Infotage fanden im Jahre 1999 statt. Im Rahmen des „Solarforums Siegen“ werden seit 1998 regelmäßig Informati-onsveranstaltungen zu Solarthemen und zur Ener-gieeinsparung durchgeführt.
7.	Energiesparaktionen örtlicher Versorgungsunternehmen	
7.1	<i>Förderung Energie sparender Haus-haltsgeräte durch das EW Siegerland</i>	Das Förderprogramm ist 1999 ausgelaufen.
7.2	<i>Ausleihe eines Energiesparlampen-koffers an Privatverbraucher</i>	Die Ausleihe eines Energiesparlampenkoffers bei der RWE AG ist auch weiterhin möglich.

7.3	<i>Förderung von Energiesparmaßnahmen in Industrie, Handel und Gewerbe</i>	Das Förderprogramm ist 1998 ausgelaufen.
7.4	<i>Förderung der Nutzung regenerativer Energien durch das RWE / EW Siegerland</i>	Das Förderprogramm ist 1999 ausgelaufen.
7.5	<i>Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien durch einen Umwelttarif der RWE AG</i>	Je nach Inanspruchnahme des Umwelttarifes ist auch in Zukunft die Förderung erneuerbarer Energien vorgesehen.
7.6	<i>Energieberatung durch das RWE / EW Siegerland</i>	Eine Energieberatung im Kundenforum der RWE AG erfolgt nicht mehr.
7.7	<i>Energieberatung durch die Verbraucherzentrale NW</i>	Die Beratungsangebote sollen auch in Zukunft im bisherigen Maße fortgesetzt werden.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 - Städtebau und Umwelt
Bearbeitet von: Herrn Schul / Herrn König

Datum
19.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss

09.12.2002

Betreff:

Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 7 - Städtebau und Umwelt

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss nimmt den Sachstandsbericht zum Haushaltsvollzug per 31.10. 2002 im Fachbereich 7 einschließlich der Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis gemäß dem Sachverhalt und der Anlage sowie die vorgeschlagenen Konsequenzen zur Budegeteinhaltung 2002 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im **Verwaltungshaushalt** werden das Fachbereichsbudget sowie der Bewirtschaftungsstand zum 31.10. des Jahres 2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Prognosen des Fachbereiches zum voraussichtlichen Jahresabschluss und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug!

Sofern die Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis in erheblichem Umfang (negativ) von der Budgetvorgabe 2002 abweicht, sind die maßgeblichen Gründe hierfür erläutert. Andererseits wird in der Konsequenz aufgezeigt, durch welche Entscheidungen (z. B. Verzicht auf die Durchführung vorgesehener Maßnahmen der Höhe und/oder dem Grunde nach) das beschlossene Budget in 2002 eingehalten werden könnte.

Verwaltungshaushalt:

Bewirtschaftungsstand 31.10.2002

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Steuern, Allg. Zuweisungen	0	0	0		0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	1.470.650	538.365	808.598	1.043.577	1.246.453	-224.197
Sonstige Finanzeinnahmen	10.500	22.272	39.892	44.401	15.000	4.500
Einnahmen gesamt	1.481.150	560.637	848.490	1.087.978	1.261.453	-219.697

Sonstige Personalausgaben	29.000	8.976	14.682	22.232	29.000	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	218.705	44.225	74.104	123.015	193.275	-25.430
Zuweisungen und Zuschüsse	3.500	0	786	1.994	2.000	-1.500
Sonstige Finanzausgaben	0	0	0		0	0
Ausgaben gesamt (ohne SN A)	251.205	53.201	89.572	147.241	224.275	-26.930

Zuschuss (-) / Überschuss (+)	1.229.945	507.436	758.918	940.737	1.037.178	-192.767
--------------------------------------	------------------	----------------	----------------	----------------	------------------	-----------------

HH-Sperre von 10%	17.860
--------------------------	---------------

Abweichung vom Überschuss
unter Berücksichtigung der Sperre: **-210.627**

Erläuterungen zu wesentlichen Abweichungen:

Für den Fachbereich 7 ergibt sich im HH-Soll aus der Summe von Einnahmen und Ausgaben im Haushalt 2002 ein Überschuss in Höhe von 1.229.945,00 €. Diese positive Bilanz ist im Wesentlichen durch die Einnahme von Bauscheingebühren (HSt. 1.613.1000,0) begründet.

Von dieser Haushaltsstelle, die mit einem HH-Ansatz von 1.100.000,00 € rd. 97,5% der Einnahmen ausmacht, wird das gesamte Budget des Fachbereichs 7 dominiert.

Bereits im Budget-Bericht zum 31.07. d. J. ist darauf hingewiesen worden, dass der auf das HH-Soll bezogene Überschuss in 2002 nicht erwirtschaftet werden kann. Der negative Trend auf der Einnahmenseite hat sich vielmehr weiter verschärft. **Unter Berücksichtigung der in den Fachabteilungen des FB 7 abgegebenen Prognosen reduziert sich der Überschuss auf nunmehr 1.037.178,00 € und liegt damit um 192.767,00 € unter der Soll-Vorgabe.**

Bezieht man die 10%-Sperre (17.860,00 €) in diese Berechnung mit ein, erhöht sich die negative Abweichung sogar auf 210.627,00 €

Ursache für diese Entwicklung sind nach wie vor erhebliche Mindereinnahmen bei den Bauscheingebühren, obwohl die Zahl der Bauanträge lediglich um 10% abgenommen hat. Die Prognose der Abt. 7/3 beziffert den Einnahmerückgang inzwischen auf 240.000,00 €. Auf diese Entwicklung hat die Abt. 7/3 keinen unmittelbaren Einfluss. Es ist offensichtlich, dass vor allem im gewerblichen Bereich ein Rückgang der Bautätigkeit zu verzeichnen ist. Avisierte Bauvorhaben im Plangebiet Heidenberg und Großprojekte im Krankenhausbereich blieben bisher aus.

Auf der Ausgabenseite ist zu erwarten, dass die HH-Sperre von 17.860,00 € (immerhin 7% des HH-Ansatzes) aufgrund einer sparsamen Bewirtschaftung der verfügbaren HH-Mittel eingehalten wird und darüber hinaus eine weitere Ausgabenreduzierung von rd. 9.000,00 € angestrebt ist.

Eine interne Abstimmung auf Fachbereichsebene und darüber hinaus im Geschäftsbereich 4 hat ergeben, dass die o. g. Reduzierung des Überschusses in Höhe von rd. 210.000,00 € im laufenden HH-Jahr nicht ausgeglichen werden kann.

Der Geschäftsbereich 3 ist im Rahmen des Berichtes zum 31.10.02 entsprechend informiert worden.

Vermögenshaushalt: (siehe Anlage 1)

In der Anlage 1 ist der Haushaltsvollzug im Fachbereich 7 dargestellt.

Die Ursachen für die wesentlichen Abweichungen sind erläutert.

Nähere Informationen zum Stand der investiven Einzelmaßnahmen können bei Bedarf in der Sitzung erfolgen.

Im Auftrag

Schul

Anlage: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich	4	Datum
Fachbereich	9 - Bauverwaltung; Straße und Verkehr	19.11.2002
Bearbeitet von:	Herrn Schul / Herrn Kölsch	

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss

09.12.2002

Betreff:

Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 9 - Bauverwaltung / Straße und Verkehr

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im **Verwaltungshaushalt** werden das Fachbereichsbudget sowie der Bewirtschaftungsstand zum 31.10. 2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Prognosen des Fachbereiches zum voraussichtlichen Jahresabschluss und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die Persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug.

Sofern die Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis in erheblichem Umfang von der Budgetvorgabe 2002 abweicht, sind die maßgeblichen Gründe hierfür erläutert. Andererseits wird in der Konsequenz aufgezeigt, durch welche Entscheidungen (z. B. Verzicht auf die Durchführung vorgesehener Maßnahmen der Höhe und/oder dem Grunde nach) das beschlossene Budget in 2002 eingehalten werden könnte.

Verwaltungshaushalt:Bewirtschaftungsstand 31.10.2002

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Steuern, Allg. Zuweisungen	0	0	0	0	0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	771.950	411.337	577.538	704.704	765.030	-6.920
Sonstige Finanzeinnahmen	1.000	14	26	377	400	-600
Einnahmen gesamt	772.950	411.351	577.564	705.081	765.430	-7.520

Sonstige Personalausgaben	0	0	0	0	0	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	6.314.427	3.888.606	4.893.834	5.383.764	6.342.839	28.412
Zuweisungen und Zuschüsse	0	0	0	0	0	0
Sonstige Finanzausgaben	0	0	0	0	0	0
Ausgaben gesamt (ohne SN A)	6.314.427	3.888.606	4.893.834	5.383.764	6.342.839	28.412

Zuschuss (-) / Überschuss (+)	-5.541.477	-3.477.255	-4.316.270	-4.678.683	-5.577.409	-35.932
--------------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------	-------------------	-------------------	----------------

Erläuterungen zu wesentlichen Abweichungen:**Einnahmen des Verwaltungshaushaltes**

Bezogen auf das Jahressoll von rd. 773.000 € wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein geringfügiger Fehlbetrag von 7.500 € prognostiziert. Dies entspricht knapp 1% des Einnahmesolls.

Wesentliche Einnahmeabweichungen im Einzelnen:

Bei den Einnahmen aus den neuen Parkscheinautomaten wird gegenüber dem Sollbetrag von 350.000 € mit einem Fehlbetrag von 60.000 € durch zu hoch angesetzte Erwartungen gerechnet. Grund hierfür war die zum Zeitpunkt der Mittelanmeldungen noch fehlende Erfahrung hinsichtlich einer realistischen Einnahmeeeinschätzung.

Zudem wird ein Verlust von 14.000 € an Arbeiten für Dritte prognostiziert. Die Erwartung von 50.000 € kann nicht erfüllt werden. Diese Haushaltsposition ist nur teilweise steuerbar und steht im Zusammenhang mit adäquaten Ausgaben, i.d.R. für Unfallschäden, deren Verursacher nicht in allen Fällen ermittelbar sind.

Diese Mindereinnahmen werden bis auf den verbleibenden Fehlbetrag von 7.500 € durch Mehreinnahmen von 69.000 € bei der Bauverwaltung ausgeglichen. Dies wird im Wesentlichen durch eine überplanmäßige Versicherungsleistung von 53.000 € bei den Gebühren des Straßenverkehrsamtes sowie durch 12.000 € Mehreinnahmen an Schutzgebühren für öffentliche Ausschreibungen bewirkt.

Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Die Fachbereichsausgaben werden nach derzeitiger Einschätzung um 28.000 € über dem HH-Soll von 6.314.427 € liegen. Dies entspricht einer geringfügigen Abweichung von 0,4 % der HH-Sollvorgabe.

Wesentliche Ausgabeabweichungen im Einzelnen:

Die Hauptursache für Ausgabeabweichungen liegt in der Verschiebung von Stromrechnungen für die Straßenbeleuchtung in der Größenordnung von 139.000 € von 2001 nach 2002.

Für die Wartung der Lichtsignalanlagen wurden 45.000 € weniger zur Verfügung gestellt als beantragt. Diese Kosten müssen daher bei anderen Haushaltsstellen ausgeglichen werden und schmälern die Verfügungsmittel dort.

Aufwendungen von etwa 65.000 € entstehen allein für Pflichtuntersuchungen von Brücken ohne weiteren Unterhaltungsaufwand. Hier wurden lediglich 50.000 € bereit gestellt.

Durch einen geringeren Jahresverbrauch aufgrund von Umstellungen auf NaH-Lampen wie auch durch preisliche Veränderungen können bei den Stromkosten der Straßenbeleuchtung 42.000 € eingespart werden.

Weitere Ausgabereduzierungen erfolgen zudem bei einer Vielzahl kleinerer Maßnahmen.

Einnahmen und Ausgaben zusammen ergeben einen Zuschussmehrbedarf von 36.000 € gegenüber der Zuschussvorgabe von 5,54 Mio. €. Dies entspricht einer negativen Abweichung von 0,6%.

Wenn dies im Verhältnis zur HH-Vorgabe auch nur eine sehr geringfügige Abweichung ist, sind dennoch alle Ausgleichsmöglichkeiten ausgeschöpft. Weder dieser noch der im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gesperrte Betrag von 103.000 € kann ausgeglichen werden, weil schon die Verschiebung der Stromkostenrechnungen sowie die zu niedrig bewilligten Mittel für Wartungskosten der Lichtsignalanlagen und Brückenunterhaltung auszugleichen sind.

Ohne diese durch den Fachbereich 9 nicht beeinflussbaren Verschiebungen und Mittelkürzungen würden die Sollvorgaben einschließlich der Einhaltung der Haushaltsperre im Rahmen der fachbereichsinternen Steuerungsmöglichkeiten in 2002 erfüllt.

Die Aufgabenstellungen und Arbeitsziele werden dennoch trotz sparsamster Mittelbewirtschaftung nicht nennenswert beeinträchtigt. Es hätten jedoch mehr Straßenunterhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden können, wenn die ohnehin zu geringen Haushaltsmittel hierfür nicht noch mit einer 10-prozentigen Sperre belegt und darüber hinaus anderweitig zur Deckung der Kosten von Pflichtaufgaben umverteilt werden müssten.

Vermögenshaushalt: (siehe Anlagen 1 und 2)

In den Anlagen sind die zu erwartenden finanziellen Abweichungen bei den Einnahmen (Anlage 1) und Ausgaben (Anlage 2) des Vermögenshaushaltes des Fachbereiches 9 im einzelnen dargestellt und erläutert. Gleichzeitig wird jeweils das Gesamtsoll der Einnahmen und Ausgaben ausgewiesen.

Die im Sinne des Haushaltsvollzuges planmäßig verlaufenden Maßnahmen sind nicht aufgeführt.

Im Auftrag

Schul

Anlagen: 2

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich Fachbereichsleiter 8
Bearbeitet von: Herrn Bonstein/Herrn Kölsch

Datum
26.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss

09.12.2002

Betreff:

**Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 im Fachbereich 8 -
Abt. 8/1- Grünflächen - (Bereich Bestattungswesen)**

Beschlussvorschlag:

Sachverhalt / Begründung:

In den beiden nachfolgenden tabellarischen Übersichten zum Haushaltsvollzug im **Verwaltungshaushalt** werden das Abteilungsbudget 8/1 –Grünflächen-, der allein auf den Bestattungsbereich entfallende Anteil sowie der jeweilige Bewirtschaftungsstand zum 31.10.2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Prognosen der Abteilung 8/1 zum voraussichtlichen Jahresabschluss und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die Persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug.

Sofern die Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis in erheblichem Umfang von der Budgetvorgabe 2002 abweicht, sind die maßgeblichen Gründe hierfür erläutert. Andererseits wird in der Konsequenz aufgezeigt, durch welche Entscheidungen (z. B. Verzicht auf die Durchführung vorgesehener Maßnahmen der Höhe und/oder dem Grunde nach) das beschlossene Budget in 2002 eingehalten werden könnte.

Verwaltungshaushalt:**Bewirtschaftungsstand 31.10.2002 Abteilungssoll Grünflächen**

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Steuern, Allg. Zuweisungen	0	0	0	0	0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	3.250.700	508.958	978.298	1.549.002	3.154.508	-96.192
Sonstige Finanzeinnahmen	0	0	0	0	0	0
Einnahmen gesamt	3.250.700	508.958	978.298	1.549.002	3.154.508	-96.192

Sonstige Personalausgaben	0	0	0		0	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	4.106.521	991.800	1.359.238	1.715.059	4.025.456	-81.065
Zuweisungen und Zuschüsse	1.500	0	0	0	1.500	0
Sonstige Finanzausgaben	0	0	0	0	0	0
Ausgaben gesamt (ohne SN A)	4.108.021	991.800	1.359.238	1.715.059	4.026.956	-81.065

Zuschuss (-) / Überschuss (+)	-857.321	-482.842	-380.940	-166.057	-872.448	-15.127
--------------------------------------	-----------------	-----------------	-----------------	-----------------	-----------------	----------------

Haushaltssperre	81.065
-----------------	--------

Anmerkung: Die hohe Differenz zwischen AO-Soll und Jahres-Prognosen resultiert zum überwiegenden Teil aus internen Verrechnungen, die erst zum Ende des Haushaltsjahres zum Soll gestellt werden.

Bewirtschaftungsstand 31.10.2002 –Bestattungswesen–

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	3.132.000	490.143	951.843	1.512.603	3.061.500	-70.500
Einnahmen gesamt	3.132.000	490.143	951.843	1.512.603	3.061.500	-70.500

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1.863.307	416.043	525.790	663.184	1.793.007	-70.300
Ausgaben gesamt (ohne SN A)	1.863.307	416.043	525.790	663.184	1.793.007	-70.300

Zuschuss (-) / Überschuss (+)	1.268.693	74.100	426.053	849.419	1.268.493	-200
--------------------------------------	------------------	---------------	----------------	----------------	------------------	-------------

Anteil Haushaltssperre	24.250
------------------------	--------

Erläuterung zu wesentlichen Abweichungen:

Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird im Rahmen des gesamten Abteilungsbudgets eine Mindereinnahme von 96.000 € prognostiziert. Hiervon entfallen allein 69.000 € auf die Bestattungsgebühren (HH-Soll 2,1 Mio. €). Dies entspricht 3% des Gebühreneinnahmesolls und ist allein im Kalkulationsrisiko begründet. Weitere Einnahmeverluste von 27.000 € entstehen beim Holzeinschlag aufgrund derzeitiger Holz-Niedrigpreise.

Für den Bestattungsbereich beträgt das Einnahme-Soll insgesamt 3.132.000. €. Prognostiziert werden hier 3.061.500 Mio. €, so dass ein Einnahmeverlust von insgesamt 70.500 € einschließlich des Fehlbetrages von 69.000 € erwartet wird.

Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Bei den Ausgaben werden im Abteilungsbudget (4,11 Mio. €) Einsparungen in Höhe von 81.000 € erzielt. Dies entspricht knapp 2 % des Ausgabesolls und gleichzeitig dem Betrag der auf diesen Budgetbereich entfallenden Haushaltssperre. Über diese Einsparungen hinaus ist es jedoch nicht möglich, den Einnahmeverlust der Abteilung auszugleichen.

Es verbleibt eine Abweichung von 15.000 € über der Zuschussvorgabe von 857.000 €.

Auf das Bestattungswesen allein entfällt ein Ausgabe-Sollbetrag von 1.863.307 €. Der prognostizierte Ausgabebedarf beträgt 1.793.000 €. Hieraus resultiert eine Einsparung von rd. 70.300 €. Einnahmeverluste und Ausgabereduzierungen gleichen sich hier somit weitestgehend aus.

Haushaltssperrenbedingt relativiert sich dieser Ausgleich jedoch insoweit, dass die Überschussvorgabe von 1.268.500 € im Ergebnis bei 1.244.000 € liegen wird und somit um rd. 24.500 € verfehlt wird.

Vermögenshaushalt (Anlagen 1 und 2)

Im Bestattungswesen werden bei den Einnahmen (Soll 2.000 €) zusätzlich knapp 4.000 € an Verkaufserlösen erwirtschaftet. Für die abgebrannte Friedhofshalle am Lindenberg ist überplanmäßig eine Versicherungsleistung von 50.000 € gezahlt worden, so dass in diesem Bereich ein Einnahmeüberschuss von knapp 54.000 € erzielt wird (s. Anlage 1).

Gleichzeitig wird bei den Ausgaben (Soll 230.000 €) für die Erweiterung und den Ausbau von Friedhöfen ein Betrag von 15.000 € eingespart. Dies entspricht der auf das Bestattungswesen entfallenden Haushaltssperre (s. Anlage 2).

Insgesamt wird im Bereich Bestattungen bei den Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes zusammen ein Überschuss von 69.000 € erzielt.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

I.A.

Bonstein

Anlagen: 2